

Energie

Wird RWE die Braunkohle los?

Die künftige Regierungskoalition fasst eine überraschende Lösung für den Kohleausstieg ins Auge: Sie plant eine Kohlestiftung. Die Umsetzung wird schwierig – für RWE könnte sie aber zum Befreiungsschlag werden.

Jürgen Flauger, Kathrin Witsch
Düsseldorf

Die Formulierung im Koalitionsvertrag ist kurz und knapp – könnte aber eine milliarden-schwere Transaktion auslösen. Neben dezidierten Zielen zu den erneuerbaren Energien, Strompreisen und Wasserstoff hat die künftige Bundesregierung einen überraschenden Plan formuliert: die Gründung einer Kohlestiftung.

„Geprüft wird die Errichtung einer Stiftung oder Gesellschaft, die den Rückbau der Kohleverstromung und die Renaturierung organisiert“, heißt es am Ende des Abschnitts „Kohleausstieg“.

Hinter der Formulierung verbirgt sich nach Informationen des Handelsblatts aus Branchenkreisen der Plan für ein kompliziertes Tauschgeschäft, in dem die Betreiber des Braunkohletagebaus und der Kraftwerke die Kontrolle über ihre Assets verlieren, sich andererseits aber auch unkalkulierbarer Lasten entledigen könnten.

Die Pläne sind noch genauso vage, wie die Formulierung knapp ist. Ein Konzept, wie so eine Kohlestiftung aussehen könnte, gibt es aber sogar schon, wie es in den Kreisen weiter heißt. Es wurde entscheidend von Michael Vassiliadis entworfen, Vorsitzender der Energie- und Chemiegewerkschaft IGBCE. Seine Lobbyarbeit soll auch maßgeblich dafür verantwortlich sein, dass der Plan in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurde.

Eine solche Stiftung oder öffentlich-rechtliche Gesellschaft könnte sich nicht nur um den geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung und -förderung kümmern, der bislang bis 2038 geplant ist, von der Ampelkoalition aber auf 2030 vorgezogen werden soll. Sie könnte vor allem langfristig sicherstellen, dass die Braunkohletagebaugelände im Rheinland und in Ostdeutschland verantwortungsvoll zurückgebaut und rekultiviert werden.

Alle Kohleaktivitäten unter einem Dach

Finanziert werden könnte diese Aufgabe, indem die Stiftung die Einnahmen aus dem noch verbleibenden Betrieb der Kohlekraftwerke übernimmt, vor allem aber die milliarden-schweren Rückstellungen, die die Unternehmen für die Folgekosten des Bergbaus gebildet haben – plus einen Risikoaufschlag. Alle Kohleaktivitäten in Deutschland könnten unter einem Dach gebündelt werden.

„Das wäre eine effiziente Lösung“, sagte ein Insider, der mit dem Konzept vertraut ist, „letztlich würde derjenige, der den Kohleausstieg vorgibt, ihn auch organisieren: der Staat.“

Den Rückbau der Kohleverstromung zu gestalten sei eine Generationenaufgabe und müsse deswegen systematisch angegangen werden, findet IGBCE-Chef Vassiliadis. Gesetzesvorgaben und Regelungen für Energiekonzerne hält Vassiliadis für unzureichend. „Eine Stiftung, die alle notwendigen Maßnahmen verantwortungsvoll orchestriert, kann deshalb ein sinnvolles



Braunkohle-Revier in Deutschland



HANDELSBLATT
Quelle: Bundesverband Braunkohle

Instrument erfolgreicher Strukturpolitik sein“, sagte er dem Handelsblatt. Zu Details eines solchen Konzepts wollte er sich nicht äußern. Als positives Beispiel nannte er die RAG-Stiftung, die die Ewigkeitsaufgaben des deutschen Steinkohlebergbaus finanziert.

Die RAG-Stiftung wurde 2007 gegründet, um den Steinkohlebergbau abzuwickeln. Das Modell, das zur Finanzierung unter anderem Aktien am Chemiekonzern Evonik hält, funktioniert. Der Steinkohlebergbau ist inzwischen beendet, der Rückbau läuft.

Ähnlich könnte auch eine Stiftung zum geplanten Braunkohleausstieg aussehen. Wenn denn die Betreiber mitspielen.

Bei dem größten Kohlekonzern Deutschlands weiß man allerdings nichts von einer solchen Idee. „Mit RWE hat zumindest niemand darüber gesprochen“, sagte eine Sprecherin dem Handelsblatt. Man will sich erst

einmal anhören, wie so eine Stiftung aussehen könnte, bevor man sich dazu eine Meinung bildet. Das Lausitzer Kohleunternehmen Leag, das für die Revier in Ost- und Mitteldeutschland zuständig ist, will sich auf Anfrage nicht dazu äußern. Das sei eben ein heikles Thema, heißt es aus Unternehmenskreisen nur.

Die Idee für die Stiftung wurde schon vor Jahren forciert

Schon 2016 brachte Vassiliadis die Idee einer Stiftung oder eines Fonds vor, der den Kohleausstieg begleiten könnte – und vor allem die sozialen Folgen abmildern würde. Er hatte schon damals vorgeschlagen, die Tagebaubetriebe in West- und Ostdeutschland und die Kraftwerke zu bündeln.

Und fast wäre es auch zu einer Stiftungslösung gekommen – wenn auch im kleineren Maßstab. Damals stellte der schwedische Vattenfall-Konzern

seine Braunkohleaktivitäten zum Verkauf. Vattenfall war damals für die Förderung und Verstromung im Lausitzer Revier zuständig – und wollte sich von den umstrittenen Aktivitäten trennen.

Stromproduzent Steag und die Investmentbank Macquarie boten sich mit einem Stiftungsmodell an. Die Stiftung sollte die nötigen Gelder für Rückbau und Rekultivierung sichern. Allerdings wäre die Lösung für Vattenfall wohl deutlich teurer geworden.

Die beiden Partner verlangten wohl eine Einlage von rund drei Milliarden Euro, wie es damals in mit den Verhandlungen vertrauten Kreisen hieß. Den Zuschlag erhielt der tschechische Energiekonzern EPH, der schon das mitteldeutsche Revier betrieb und die Leag gründete.

Es gibt aber auch noch andere Beispiele in der Energiebranche für solche Modelle. Auch beim Atomausstieg hat der Staat letztlich die Verantwortung für die langfristige Haftung übernommen. 2017 wurde der Atomfonds gegründet, der sich um die Entsorgung und Endlagerung des Atomabfalls küm-

4

Milliarden Euro wurden den Braunkohleunternehmen im Zuge des Kohleausstiegs als Entschädigung zugestanden.

Quelle: Recherche

mert. Auch hier brachten die Atomkonzerne Milliardensummen an Rückstellungen ein – und konnten im Gegenzug die Haftung abgeben.

Auf den ersten Blick dürften RWE und Leag kein großes Interesse an der Stiftungslösung für ihre Braunkohleaktivitäten haben. Die Kohlekraftwerke werfen aktuell noch dicke Gewinne ab. Die Strompreise sind auf Höchstständen – und gegen das CO₂-Risiko hat sich zumindest RWE abgesichert, weil der Konzern sich bis 2030 mit billigen CO₂-Zertifikaten eingedeckt hat. Zudem ist der Kohleausstieg nach langem Ringen geregelt. Den Braunkohleunternehmen wurde eine Entschädigung von gut vier Milliarden Euro zugestanden.

Allerdings könnte es speziell für RWE auch ein Befreiungsschlag sein, wenn sich der Konzern endgültig vom Kohleimage loslösen könnte. RWE hat sich schon neu ausgerichtet und investiert bis 2030 rund 50 Milliarden Euro – vor allem in erneuerbare Energien. Auf dem Aktienkurs lastet aber das Kohleengagement noch. Einige Großinvestoren lehnen die RWE-Aktie komplett ab. Schon die Gründung des Atomfonds hatte der Aktie einen gewaltigen Schub gegeben.

„RWE könnte auf einen Schlag den Malus des großen CO₂-Emittenten loswerden“, heißt es in den Branchenkreisen: „Die finanziellen Bedingungen müssten nur neutral und fair ermittelt werden.“